

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbekannteren und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (mit Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,70 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle und Redaktion: Bismarckstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690 / Druckstunden: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemein Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde
Anzeigenpreis: Die neunmal gefüllte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, im Jahresabonnement 3,20 RM für die Restzeit an den dreispaltigen Teil eines Leitens 1,50 RM
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Bismarckstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Abonnements

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 22. März 1930

Nummer 69

Die rote Offensive in Sachsen

Überall Vormarsch der roten Listen — Verwirrte Verwirrungsmanöver der sozialfaschistischen Presse
Antwortet mit verstärkter Kraft, für den Sieg der roten Betriebsfront!

Dresden, den 22. März 1930.

In verzweifelter Gegenwehr gegenüber dem Vormarsch der roten Listen versucht die sozialdemokratische Presse Sachsens die Erfolge der Opposition herabzusetzen und die Arbeiter zu verwirren. Wir stellen demgegenüber fest, daß im vorigen Jahr die Gesamtzahl der roten Listen in Ostsachsen 7 betrug, währenddessen in diesem Jahr über 45 Listen der Opposition allein in Ostsachsen um die Betriebsführung kämpften. Die ersten getätigten Wahlen in Sachsen zeigen, daß dieser Kampf erfolgreich ist und daß er zu einem vollen Sieg der roten Betriebsfront werden wird, wenn alle klassenbewußten Arbeiter in diesen Tagen ihre ganze Kraft für den Sieg der roten Listen einsetzen. Vorwärts Genossen, tut eure Pflicht!

Ostsächsische Wahlergebnisse

Geshter & Kühne, Heidenau

Abgegebene Stimmen . . . 191
Ungültige Stimmen . . . 2
Opposition . . . 110 4 Sitze
SPD . . . 79 3

Stimmberechtigt 218, Wahlbeteiligung 80 Prozent.
Vorjährige Wahl: Opposition 94 Stimmen, 4 Sitze, SPD 55 Stimmen, 3 Sitze.

Neurer AG, Cosselbaude

Opposition 264 Stimmen und 5 Sitze
Reformisten 211 Stimmen und 4 Sitze

Abgegeben 475 Stimmen, davon 14 ungültig Wahlberechtigt sind 587.

Gastwerk Dresden-Reich

Opposition 108 Stimmen und 2 Sitze
Reformisten 273 Stimmen und 6 Sitze
Christen 33 Stimmen.

Bisher überhaupt keinen oppositionellen Betriebsrat!

Chemische Fabrik Heyden, Radbeul

Opposition 143 Stimmen
Reformisten 583 Stimmen

Bisher überhaupt keinen oppositionellen Betriebsrat!

Rodtstrohwerke Heidenau

Opposition 244 Stimmen und 4 Sitze
Reformisten 410 Stimmen und 7 Sitze

Bei Rodtstroh trat die revolutionäre Opposition das erste Mal mit einer roten Liste auf. Der Erfolg für die revolutionäre Opposition ist offensichtlich, wenn sie im ersten Anlauf über die Hälfte der sozialdemokratischen Stimmen erreicht.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der diesjährigen Betriebsratwahlen in Sachsen sind ein Beweis des unaufhaltsamen Vormarsches der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die Reformisten toben. In fetten Lettern schreibt das Dresdner sozialdemokratische Blatt, in dem die Lügen der Reformisten kolportiert werden, daß die revolutionäre Opposition zurückgehe, es seielt vom „Risiko der Kommunistischen Partei“. Aber, so muß doch jeder denkende Arbeiter fragen, weshalb ein solches Geschrei über Sterben? Dieses Rätel ist sehr schnell gelöst, wenn die Tatsachen sprechen.

Bei Geshter u. Kühne hatte die revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, eine ganze Reihe oppositioneller Arbeiter wurde entlassen. Dennoch erhielt die Opposition 21 Stimmen und 1 Sitz mehr wie die Sozialfaschisten. Bei der Neurer-AG in Cosselbaude wurde das erste Mal eine rote Liste aufgestellt, und der Erfolg war durchschlagend. Trotz aller Anstrengungen der SPD, diesen Betrieb für sich zu erobern, erhielt die revolutionäre Opposition 53 Stimmen mehr. Im Gastwerk Reich wurde ebenfalls das erste Mal eine rote Liste aufgestellt bei einer verhältnismäßig schwachen Verankerung im Betrieb. Aber die Gaswerkerarbeiter haben nachdem der ehemalige Syndikalist Krahmer in die reformistische Gewerkschaften eintrat, und, obgleich er erst ein halbes Jahr Mitglied ist, schon in die Ortsverwaltung „gewählt“ wurde, erkannt, daß nur die Anhänger der revolutionären Opposition konsequent die Interessen der Belegschaft vertreten. Auf den ersten Hieb, trotz der verzweifelten Lügen aus dem sozialfaschistischen Lager, das ist schmerzhaft für sie.

Nach dem Ergebnis der Wahlen bei Heyden, Radbeul, ist ein beachtlicher Fortschritt der revolutionären Opposition, die auch hier das erste Mal selbständig mit einer roten Liste auftrat. Dabei war hier noch ein für klassenbewußte Arbeiter unzulässiges Zurückweichen durch den Rücktritt von zwei Kandidaten zu verzeichnen. Trotzdem erhielt die revolutionäre

Opposition 143 Stimmen. Und die Antwort der Reformisten? Sie haben schon den Ausschluß des roten Kandidaten aus der Gewerkschaft angefordert, obgleich dieser Arbeiter bereits 26 Jahre Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes ist.

Entgegen den Lügen der Sozialfaschisten können wir feststellen, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition energisch vorrückt. Besonders der Fabrikarbeiterverband ist arg bedrängt, die Herren Grube und Co. können sich gefast sein lassen, ihr Geschrei wird über die Tatsachen nicht täuschen. Der glänzende Erfolg bei Geshter & Co. in Heidenau und Heidenau war eine empfindliche Niederlage der Sozialfaschisten. Das Ergebnis von Krause & Raumann, Heidenau, 529 Stimmen für die rote Liste und nur 495 Stimmen für die Sozialfaschisten, zeigt zweifelsohne von einer außerordentlichen Lebendigkeit und Lebenskraft der revolutionären Opposition. In den anderen Orten Sachsens ist ein ebensolcher Vormarsch zu verzeichnen. Bei Schubert & Salzer, Chemnitz, bei Böge, in den Nitramwerken und anderen Betrieben markierte die revolutionäre Opposition einen und erreichte teilweise besonders in größeren Betrieben die Mehrheit der Stimmen. In den Prestkomerken, Frankwerken, bei Dietrich, Geshter und Genossenschaftsmarkerei wurden nur rote Listen aufgestellt, die Arbeiter verzichteten überhaupt auf die sozialfaschistischen Betrüger. In Leipzig erhielt die rote Liste 259 gegen 151 reformistische Stimmen. Auf dem Schlachthof Leipzig, wo das erste Mal eine rote Liste aufgestellt ist, wurden die Reformisten geschlagen.

Das Geschrei der „Linken“ SPD-Presse ist entlarvt als ein Mittel, die Arbeiter zu verwirren. Es wird nicht viel Zweck haben. Auch in den übrigen Betrieben, bei der Straßendahn in Dresden, bei der AGW in Hirschfeld, bei Seidel & Raumann, Dresden, werden trotz allem Geschrei der Reformisten die Arbeiter den bankrotten Betrüger eine Quittung geben, die belagte, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition marschiert vorwärts.

Noch stehen eine Reihe von Wahlen, vor allem in Großbetrieben Dresdens bevor. Darum muß die Agitation für die roten Listen in den letzten Tagen verstärkt werden. Es gilt, die Arbeiter, einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiter, von den sozialfaschistischen Führern und den mit ihnen durch die und dünn gehenden Betriebsfunktionären zu lösen. Es gilt, den Weg frei zu machen für den Kampf um die Lebensforderungen der Arbeitermassen. Darum wählt rote Listen!

Die Ruhrkumpels wählen rot!

In Gruben und Metallbetrieben — überall Vormarsch der Opposition!

Essen, 22. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern fanden die Wahlen des Betriebsrates auf Zeche Kenndahl in Hamborn statt. Diese rote Hochburg der revolutionären Gewerkschaftsopposition wurde durch den glänzenden Sieg der roten Liste erneut verfestigt. Sie hatte folgenden Ergebnis: (Die Vergleichswahlen zeigen das Resultat der letzten Wahlen im Juli 1929) Gewerkschaftsopposition: 2205 Stimmen (2000), Reformisten 457 Stimmen (510), Christen 487 Stimmen (432).

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat also 205 Stimmen für ihre Betriebs-Einheitsliste gewonnen und damit mehr als eine 7/8 Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erhalten. Der große Sieg der Opposition ist auf die aktive Mobilisierung der Arbeiter auf dieser Zeche gegen die ungeliebten Wahlenentscheidungen zurückzuführen.

Essen, 21. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern fand hier die Betriebsratswahl bei Krupp statt. Es wurden abgegeben an Stimmen:

Liste 1: Freie Gewerkschaften . . .	7384 (7703)
Liste 2: Christliche Gewerkschaften . . .	7301 (7032)
Liste 3: Gelbe . . .	1679 (1684)
Liste 4: Christlich-Demokratische Gewerkschaft . . .	294 (305)
Liste 5: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition . . .	3633 (3393)

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat in diesem Jahre 240 Stimmen gewonnen. Die Reformisten verloren 411 Stimmen; die Christen konnten auf Grund ihrer Arbeitsvermittlung in den Krupp-Betrieben im letzten Jahre häufig ihre Anhänger hineinschieben. Sie gewannen dadurch 329 Stimmen. Im vergangenen Jahre wurden annähernd 4000 Belegschaftsmitglieder entlassen. Der größte Teil der Entlassenen waren Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Bei den Neuzustellungen wurden hauptsächlich Anhänger der Christen und Reformisten in den Betrieb gebracht. Die Opposition hat also weit mehr als die effektiven 240 Stimmen aus den Reihen der Christen und Reformisten gewonnen. Der Opposition fehlten 60 Stimmen zum Gewinn eines Sitzes.

Die „Linken“ als die „Mittel der Bourgeoisie“

Ihr neuestes Betrugsmanöver: „Sachsen nur Verwaltungsparlament“

Was der politischen Interessensvertretung der Mittel- und Untermittelklasse entzogen die ausgeprägten Vertreter der bürgerlichen Klassen sind. Die Bewegung zwischen Sozialdemokraten und Volksparteien werden sich verberühren, was nicht gelöst sein soll, daß in einem reinen Verwaltungsparlament wie in Sachsen oder in den Gemeinden eine Zusammenarbeit unmöglich wäre.

(Leipziger Volkszeitung von einem zum Wannheimer Vertreter der Volkspartei.)

Dresden, den 22. März 1930.

Die Volkspartei als die führende Partei des deutschen Finanzkapitals vollführt den Youngkurs brutal und offen. Das Finanzprogramm als die finanzielle Basis der Youngplanpolitik trägt ihren Willensstempel und die sozialdemokratische Koalitionspartei ist nur der Mittel und Vollzieher des bürgerlichen Klassenwillens. Natürlich bedeutet das für die SPD eine außerordentliche Belastung. Immer tiefer wird ihre Arbeiterfolglosigkeit von Haß und Empörung gegen die verbrochene Koalitionspolitik erfasst. Darum verläßt sie, ihre Koalitionspolitik in Form zu bleiben, die ihre arbeiterfeindliche Rolle gegenüber den proletarischen Anhängern verheißt. Die Form dieser Verschleierungspolitik ist unter anderem der Ausnahmeparagraph 48, die Parteien der unmittelbaren und direkten parlamentarischen Verantwortung für die Verschlebung der arbeiterfeindlichen Steuerpolitik. Bereits kurz vor der Verabschiedung des Youngplanes stand schon einmal der Artikel 48 auf der Tagesordnung. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß Hindenburg abermals den Ausnahmeparagraphen benutzen wird, um den gordischen Knoten zu lösen.

Die sächsischen „Linken“, die dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiterkraft am meisten ausgeht sind, nehmen in ihrer neuesten Nummer ihres theoretischen Organs, dem „Klassenkampf“, vom 15. März dazu Stellung, in dem sie schreiben:

... Die Tatsache, daß dieser Gedanke ganz ernsthaft von Zentrum und Demokraten diskutiert wird, charakterisiert trefflich die Nähe des faschistischen Regimes, das entsprechend der deutschen Eigenart auf hemisch kaltem, ganz „gelichem“ Wege eingeführt werden soll mit Hilfe der Sozialdemokratie, gegen die und deren Anhänger sich jetzt schon und später noch viel schlimmer die Herrschaft des Artikels 48 auswirken wird. Es ist ein Witz der Weltgeschichte, daß unter einer Regierung, die unter der Führung der Sozialdemokratie steht, die als höchste Säule des parlamentarisch-demokratischen Systems gilt, der nachdrücklichste Stoß gegen dieses System geföhrt werden soll, und daß die sozialdemokratischen Minister nicht von vornherein mit allem Nachdruck und ganz eindeutig gegen